

Bei uns in NRW

Ausgabe 03/2019
www.cdu.nrw
Einzelpreis 2,50 €

Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen



S. 4



Laschet trifft...
Phillip Eischet und
Benedikt Quarch

S. 14



12 Fragen an...
Angela Erwin und
Daniel Schranz



Sicherheit ist, sich rundum geborgen zu fühlen. Am besten ein Leben lang.

Seit über 100 Jahren begleiten wir unsere Kunden als verlässlicher Partner für alle Versicherungs- und Finanzfragen durch ihr Leben. Mit maßgeschneiderten Dienstleistungen, erstklassigem Service und persönlicher Beratung. Und das alles selbstverständlich direkt in Ihrer Nähe. Denn darauf können Sie sich bei SIGNAL IDUNA verlassen: dass wir immer für Sie da sind.

www.signal-iduna.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen



Liebe Leserrinnen und Leser,

das Jahr 2019 war ein Jahr großer Polarisierung. In solchen Zeiten müssen wir uns – mehr denn je – unserer programmatischen Wurzeln erinnern. Volkspartei sein heißt Versöhnung von Gegensätzen. Die jungen Leute, die freitags auf den Straßen demonstrieren, fordern schnelle Maßnahmen der Politik für einen effektiven Klimaschutz. Die Mitarbeiter der Stahl- und Aluminiumindustrie und der Chemischen Industrie an Rhein und Ruhr fordern verfügbaren und bezahlbaren Strom, damit ihre Betriebe nicht ins Ausland abwandern.

Wir können diesen Gegensatz versöhnen, in dem wir marktwirtschaftliche Anreize zur Erreichung der Klimaziele setzen, die Kohleverstromung langfristig beenden, den Strukturwandel für neue Industriearbeitsplätze gestalten und die Energiewende mit Realismus angehen. Nicht ideologisch, sondern mit Maß und Mitte, zielstrebig und faktenbasiert, eine sichere Energieversorgung im Blick.

Unsere Welt ist im Wandel, schneller als je zuvor. Die Digitalisierung verändert Lebens- und Arbeitswelten, die Globalisierung fordert uns in unserer Wettbewerbsfähigkeit heraus und gemeinsame europäische und multilaterale Lösungen stehen unter dem Druck eines zunehmenden Nationalismus und Egoismus. Und im Inneren unseres Landes erheben Antisemiten, Rechtsradikale und andere Gegner unserer freiheitlichen Ordnung ihre Stimme lauter denn je. Dass in diesem Jahr unser Parteifreund Walter Lübcke, der Regierungspräsident von Kassel, Opfer eines

rechtsextremen Mordanschlags wurde, muss uns Mahnung und Auftrag sein.

Vor 70 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Die damalige Generation von Christdemokraten, Konrad Adenauer in Bonn und Karl Arnold in Düsseldorf, haben unser Land geprägt. Europäische Einigung, Westbindung, Soziale Marktwirtschaft sind eng mit uns verbunden.

Jetzt, in unserer Zeit, müssen wir das Bewährte verteidigen und aus unseren Prinzipien, aus dem christlichen Menschenbild heraus, die neuen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen.

Der Advent und das bevorstehende Weihnachtsfest kann uns Zeit zur Besinnung auf das geben, was im Leben wirklich wichtig ist.

Ihnen und Ihren Familien und Freunden wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein gutes und friedliches Jahr 2020.

Herzliche Grüße

Walter Lübcke

Inhalt



Laschet trifft

4 Phillip Eischet und Benedikt Quarch

Topthema

8 Wirtschaft neu gedacht: Industriepolitische Leitbilder für ein modernes, wettbewerbsfähiges und umweltfreundliches Nordrhein-Westfalen

Gastbeiträge

12 Die Zukunft der Arbeit aus Sicht der MIT und CDA Nordrhein-Westfalen: Gastbeiträge von Dennis Radtke und Hendrik Wüst

Im Visier

18 Die ach so „bürgerliche“ AfD

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 3 Meldungen (Teil I)
- 14 12 Fragen an Angela Erwin
- 15 12 Fragen an Daniel Schranz
- 16 Meldungen (Teil II)
- 20 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 10 und 11 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Katja Heins

Autoren:
Katja Heins, Lukas Miebach,
Frank Rauer, Günther Schuhmacher,
Dr. Stephan Terhorst, Philipp Sprengel

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Patrick Schneider
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
info@designbuedchen.de
www.designbuedchen.de

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild:

Mehr als 600 Gäste bei Zukunftskonferenz in Düren

„Strukturwandel gemeinsam aktiv gestalten“

Fotos: Horst Knapp

Es war die mit Abstand größte Veranstaltung zum Strukturwandel im Rheinischen Revier, die auf Initiative des CDU Bezirksverbandes Aachen zusammen mit den Bezirksverbänden Niederrhein und Mittelrhein Anfang September in Düren stattfand: Mehr als 600 Gäste und Interessierte waren der Einladung gefolgt und konnten mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft über den Umbau des rheinischen Kohle-Reviers zu einem Energie-Revier der Zukunft diskutieren. Hauptredner war Ministerpräsident Armin Laschet.

Laschet betonte: „Wir wollen den Kompromiss der Kohlekommission 1:1 umsetzen und den Strukturwandel gemeinsam aktiv gestalten.“ Wichtig sei jedoch, dass der Strukturwandel nicht durch Bürokratie ausgebremst werde. Zudem bekannte der NRW-Regierungschef: „Ich würde mir wünschen, wenn wir die Entscheidungen zum Strukturwandel im Land parteiübergreifend hinbekommen.“ Mit Blick auf die Grünen forderte er, sich an die Empfehlungen der Kohlekommission zu halten. „Die Umweltverbände waren an der Entscheidung beteiligt, dann muss so ein Kompromiss auch mal einige Zeit halten“, so der Ministerpräsident.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung und CDU-Bezirksvorsitzende Aachen, Thomas Rachel, machte mit Blick auf die Grünen deutlich: „Es muss Schluss sein mit dem politischen Überbietungswettbewerb beim Datum für den Kohleausstieg.“ Dies sei nach der Entscheidung der



Kohlekommission unverantwortlich. Der miteinladende Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Dr. Günter Krings, wertete es als „Zynismus“, halb umgesiedelte Orte retten zu wollen. Beide forderten vielmehr Klarheit und Verlässlichkeit für alle Menschen in der Region.

Die Mitarbeiter von RWE mit ihrem Beitrag zur Energieversorgung und die von der Umsiedlung betroffenen Menschen haben nach Ansicht der CDU Nordrhein-Westfalen Dank und Respekt verdient. Der Kohleausstieg im Rheinischen Revier müsse als Chance genutzt werden, um neue Wertschöpfung für zukunftsfähige wirtschaftliche Aktivitäten aufzubauen. „Forschung und Innovation sind zentrale Impulsgeber für die Strukturentwicklung. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung plant, in einem ersten Schritt über 300 Millionen Euro im Rahmen des Strukturstärkungsgesetz allein in das Rheinische Revier zu investieren“, teilte der Forschungsstaatssekretär der Bundesregierung Thomas Rachel auf der Zukunftskonferenz mit.



In zwei folgenden Gesprächsrunden diskutierten neben NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst und Staatssekretär Christoph Dammermann vom NRW-Wirtschaftsministerium weitere Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, unter Berücksichtigung der Fragen aus dem Publikum, über notwendige Schritte für die Strukturentwicklung. Hierbei kam zum Ausdruck, dass die Prozesse beschleunigt werden müssen, damit den Menschen die Verunsicherung genommen wird. ■



Laschet trifft...

...die Startup-Gründer Phillip Eischet und Benedikt Quarch

Phillip Eischet und Benedikt Quarch sind Gründer und Geschäftsführer der RightNow Group, eines noch jungen und dennoch bereits sehr erfolgreichen Startups. Alles begann, als Eischet einen Flug stornieren wollte und sein Geld dafür nicht wiedererhielt. Nach einer Recherche stellte er fest, dass Fluggesellschaften eigentlich zumindest einen Teil des Flugpreises zurückzahlen müssten, darunter Steuern und Gebühren wie zum Beispiel die Luftverkehrssteuer. Kaum ein Privatmensch hat jedoch genug Zeit und Geld, um für diese Rückerstattung einen Prozess auf sich zu nehmen. Genau diese Lücke wollten er und Quarch mit ihrem Unternehmen füllen. Fluggäste erhalten von RightNow eine Sofort-Entschädigung und treten dafür den Vorgang an die Firma ab. Das Unternehmen stellt sich den Fluglinien, wenn nötig auch vor Gericht, und kann am Ende, nach oft langwierigen Verfahren, die Zahlungen für sich erwirken.

Seit seinem Start im Jahr 2016 hat sich das Unternehmen von Phillip Eischet und Benedikt Quarch, das sie zusammen mit Torben Antretter gegründet haben, dank des Erfolgs und vieler Millionen Euro, die namhafte Investoren beigesteuert haben, ständig vergrößert. Mit rund 25 Mitarbeitern am Firmensitz in Düsseldorf und einem Zweitbüro in der ukrainischen Hauptstadt Kiew kümmert man sich inzwischen auch um Entschädigungen im Bahnverkehr, um Schadensersatzansprüche gegenüber Versicherungen nach unverschuldeten Unfällen, sowie künftig auch um falsche Mietnebenkostenabrechnungen und Entschädigungen bei Pauschalreisen – alles Lebenswelten, bei dem die Rechte eines einzelnen Verbrauchers gegen teils große Konzerne durchgesetzt werden müssen.

6 | Laschet trifft

Lieber Herr Eischet, lieber Herr Quarch, im letzten Monat sind Sie 27 bzw. 26 Jahre alt geworden und dennoch bereits für viele Mitarbeiter und Millionenumsätze verantwortlich. Haben Sie noch vor ein paar Jahren mit einem solchen Erfolg gerechnet?

Eischet: Da sind wir sicherlich ein bisschen reingerutscht, würde ich rückwirkend sagen. Tatsächlich haben Benedikt und ich schon während unserer Schul- und Studienzeit immer wieder verschiedene Geschäftsideen diskutiert und ausprobiert. Aber erst die zentrale Erkenntnis, dass es in unserer Gesellschaft eine große Diskrepanz zwischen „Recht haben“ und „Recht bekommen“ gibt, war dann der Durchbruch. Mit uns als RightNow ist das Durchsetzen von Rechtsansprüchen so schnell und einfach geworden wie das Online-Bestellen von Pizza.

Quarch: Und da war der Erfolg dann tatsächlich ein Stück weit erwartbar. Nicht umsonst konnten wir unsere Angebote in kurzer Zeit enorm erweitern und bis heute etwa viele Millionen Euro an Finanzierungsmitteln einwerben.

Wie reagieren Gesprächspartner auf das, was Sie machen, und den Erfolg, den Sie haben?

Q: Das ist sehr unterschiedlich. Einige sind davon fasziniert, für andere ist es eine ganz andere Welt – beispielsweise für jemanden, der einem sehr geregelten Arbeitsalltag nachgeht und sich unsere Selbstständigkeit mit allen Freiheiten und Herausforderungen nicht so recht vorstellen kann. Das Wort Selbstständigkeit besteht nicht zu Unrecht aus den Komponenten „selbst“ und „ständig“. Allerdings habe ich den Eindruck, dass die Gründerkultur und -mentalität immer positiver gesehen wird.



E: Was aber auffällt ist, dass einige immer noch denken, ein Startup wäre nur ein Hobby. Da kommt dann oft der Satz: „Ah interessant – und was machst Du hauptberuflich?“

Q: Das stimmt! Wobei auffällt, dass es da auch schon einen Unterschied zwischen Jung und Alt gibt. Ich denke, dass die Gründung eines Startups für jüngere Leute normaler und verständlicher ist.

Wie sieht ein normaler Arbeitstag bei Ihnen aus?

Q und E (lachen): Jeder Tag ist anders!

Q: Wir sind ja immer noch ein sehr junges Unternehmen, da gibt es immer wieder neue Entwicklungen, auf die man sich einstellen und mit denen man umgehen muss. Ich kann mich nicht daran erinnern, in den vergangenen drei Jahren mal einen Tag gehabt zu haben, an dem es nicht hier oder von zu Hause aus irgendwas zu regeln oder zu klären gab. Aber das macht auch Spaß!

Gab es auch Rückschläge?

E: Natürlich machen wir vieles zum ersten Mal, sodass Misserfolge und negative Erfahrungen auch Teil unseres Werdegangs waren – hier denke ich beispielsweise an technische Probleme oder auch die erste Kündigung, die wir aussprechen mussten. Ein einschneidendes Erlebnis war aber auf jeden Fall die Pleite von Air Berlin: Da wir den Verbrauchern ihre Ansprüche „abkaufen“, um uns dann später das Geld von den Schuldnern, wie z.B. den Fluglinien, wiederzuholen, haben wir durch diese Insolvenz natürlich erhebliche Verluste bzw. bilanzielle Abschreibungen hinnehmen müssen. Da ging es um mehrere hunderttausend Euro, die von heute auf morgen weg waren. Grundsätzlich muss man sich stets bewusst sein, dass Rückschläge und im schlimmsten Fall auch ein Scheitern zum Gründertum dazugehören. Wir können also über die letzten drei Jahre, in denen alles soweit gut gegangen ist und wir unglaublich viel gelernt haben, sehr froh sein. Selbst wenn wir jetzt scheitern würden, wären es die spannendsten drei Jahre, die wir jemals erlebt haben. Die Sichtweise, dass





” **Selbst wenn wir jetzt scheitern würden, wären es die spannendsten drei Jahre, die wir jemals erlebt haben.** “

auch ein Scheitern okay ist, da ist man in den USA übrigens deutlich weiter als bei uns. Hier werden Menschen, die mit einer mutigen Idee gescheitert sind, oft noch schief angeguckt.

Gibt es denn von staatlicher Seite etwas, das man Unternehmen könnte, um Startups zu unterstützen?

Q: Ich halte es für ein Vorurteil, dass Unternehmensgründungen grundsätzlich so bürokratisch sind. Im Grunde geht man zum Notar und dann geht's los. Natürlich weiß man am Anfang beispielsweise nicht genau, wie das mit dem Finanzamt oder der Versicherung der Mitarbeiter abläuft, aber das lernt man dann „on the job“. Schwierig ist es beispielsweise eher, wenn man vom Landgericht Berlin mitgeteilt bekommt, dass der frühestmögliche Verhandlungstermin für 2021 festgesetzt werden kann. Das ist dann bei unserem Geschäftsmodell, bei dem wir in Vorleistung gehen, schon eine Herausforderung. In Nordrhein-Westfalen geht das zum Glück



schneller. Da ist die Justiz schon weit gekommen. Wichtig wäre außerdem das Thema Netzwerk: Junge Startups könnten Hilfe dabei gebrauchen, sich mit Gleichgesinnten, aber auch Institutionen und Behörden auszutauschen, vielleicht sogar bis ins Nachbarland. Vereinzelt gibt es zwar Initiativen, das reicht aber noch nicht. Eine deutsch-französische Startup-Konferenz wäre daher eine wunderbare Idee!

E: Das Hauptproblem für Startups ist sicher die Frühfinanzierung. Denn die entscheidenden Mittel fehlen für die Umsetzung einer Geschäftsidee ganz am Anfang. Da muss man ja auch erste Fehlschläge oder Tiefphasen überbrücken können, ohne bereits viel Kapital erwirtschaftet zu haben. Dass die neue Landesregierung aus CDU und FDP ein „Gründerstipendium“ eingeführt hat, ist deshalb super. Daran sollte man anknüpfen und das Angebot weiterentwickeln.

Wieso haben Sie Ihre Firma gerade in Düsseldorf gegründet?

Q: Da gab es mehrere Gründe. Wir haben natürlich beispielsweise auch überlegt, nach Berlin zu gehen. Aber in Nordrhein-Westfalen schienen uns die Voraussetzungen am besten zu sein, um langfristigen und nachhaltigen Erfolg zu haben. Sicher spielt auch Heimatliebe eine Rolle – wir sind ja beide aus Aachen; der dritte Geschäftsführer unserer Firma kommt aus Ahlen. Da liegt Düsseldorf relativ in der Mitte. Hinzu kommen aber auch sachliche Gründe, wie Miete und Infrastruktur. Zudem haben wir hier in der Landeshauptstadt einen wichtigen Rechts- und Politikstandort und eine große Nähe zur Industrie.

Sie haben früher gemeinsam die Schüler Union Nordrhein-Westfalen geführt und sind in der CDU, seit Sie 16 waren – haben sich also sehr früh politisch engagiert. Hat sich Ihr Blick auf Politik inzwischen verändert?

Q: Teils teils. Natürlich erlebt man nun Probleme, die man als Gründer hat, hautnah. Als Politiker wird man in der Regel von anderen auf Probleme aufmerksam gemacht. Durch unsere Erfahrung versteht man aber natürlich besser, wie wichtig Politik ist, um etwas zu verändern, aber auch wie das Ganze funktioniert und dass beispielsweise Gesetzgebungsverfahren Zeit brauchen.

E: Ich finde es unglaublich spannend, heute aus unternehmerischer Perspektive politischen Handlungsbedarf zu identifizieren. Wir suchen dann den Austausch, beispielsweise erst vor kurzem mit Thomas Jarzombek, dem Beauftragten des Bundeswirtschaftsministeriums für die Digitale Wirtschaft und Startups, der ja auch aus Düsseldorf stammt. Denn früher wie heute gilt: Wenn man etwas verändern möchte, muss man sich politisch engagieren!

Ich bin gespannt darauf, wie es bei Ihnen in den nächsten Jahren weitergeht. Vielen Dank für die Einladung in Ihre Firma und das spannende Gespräch! ■

A woman in a white lab coat is standing in a factory, holding a black clipboard and a pen. She is looking at the clipboard with a focused expression. The background is filled with complex industrial machinery, including pipes, valves, and structural elements, all illuminated with a cool blue light. The overall atmosphere is one of modern industrial technology and precision.

Wirtschaft neu gedacht

*Industriepolitiches Leitbild für ein modernes,
wettbewerbsfähiges und umweltfreundliches
Nordrhein-Westfalen*

Die Industrie gehört zu Nordrhein-Westfalen wie die Luft zum Atmen und nimmt eine besondere Rolle ein: Sie ist Arbeitgeber für mehr als 1,3 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte und hat einen Anteil von gut 20 Prozent an der Bruttowertschöpfung Nordrhein-Westfalens. Im Verbund mit den industrieorientierten Dienstleistungen steht sie für rund 40 Prozent der Wertschöpfung unseres Landes. Damit das industriepolitische Herz auch in Zukunft in Nordrhein-Westfalen schlägt, braucht es Ideen und Visionen, die den Industriestandort fit für die Zukunft machen und dabei Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verbinden.

Die CDU-geführte Landesregierung hat daher ein industriepolitisches Leitbild entwickelt und Ende September vorgestellt, mit dem Ziel: Nordrhein-Westfalen soll zum modernsten, wettbewerbsfähigsten und umweltfreundlichsten Industrieland werden. Die Voraussetzungen könnten dafür nicht besser sein. Die wirtschaftliche Vielfalt und Stärke von Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungssektor bilden die Grundlage für gute Arbeit, Erhalt unseres Wohlstandes und Fortschritt.

In 14 Handlungsfeldern will die NRW-Koalition den Industriestandort stärken und durch bessere Rahmenbedingungen die industrielle Entwicklung Nordrhein-Westfalens voranbringen.

1. Höhere gesellschaftliche Wertschätzung

Durch die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen für Industriestandorte soll die Akzeptanz für die Industrie als Arbeitgeber und Innovationsmotor gefördert werden.

2. Höhere Investitionen

Bis 2030 werden die Rahmenbedingungen für Innovationen deutlich verbessert. Dazu zählt ein wettbewerbsfähigeres Steuerrecht, weiterer Bürokratieabbau und Ausbau der Infrastruktur. Auch der Anschluss von Gewerbegebieten an Gigabitnetze steht im Vordergrund.

3. Innovationsfähigkeit und technologische Marktführerschaft

Damit Nordrhein-Westfalen technologisch bei den globalen Trends mithalten kann und zum Vorreiter wird, wird die technologieoffene Forschungs-, Innovations- und Technolo-

gieförderung gestärkt. Dazu soll die Vernetzung von Wissenschaft und Forschung mit Industrieunternehmen vorangetrieben werden.

4. Digitale Zukunft aller Unternehmen

Die NRW-Koalition sorgt mit dem GigabitMasterplan.NRW für die Schaffung flächendeckender Breitband-Netze. Daneben sorgt der Mobilfunkpakt für den benötigten Ausbau der Mobilfunkversorgung und den Aufbau der 5G-Führungsrolle Nordrhein-Westfalens. Hinzukommt eine Unterstützung des industriellen Mittelstands bei der digitalen Transformation.

5. Sozialpartnerschaftlich gestaltete digitalisierte Arbeitswelt

Die Digitalisierung muss den Menschen dienen und nicht umgekehrt. Daher wird die NRW-Koalition eng mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, damit industrielle Beschäftigung in Zeiten der Digitalisierung sicherer, flexibler und dauerhaft attraktiv bleibt.

6. Klimaschutz als Innovationstreiber

Klimaschutz ist keine industrielle Bremse, sondern ermöglicht Chancen. Mit den entsprechenden Rahmenbedingungen, bei der wettbewerbsfähige Energieversorgung ein zentraler Aspekt ist, wird Nordrhein-Westfalen durch modernste Technologien, Prozesse und Produkte klima- und umweltfreundlichster Industriestandort Europas.

7. Verlässliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung

Mit der „Energieversorgungsstrategie NRW“ wird den Akteuren im Energie- und Industriesektor Planungs- und Investitionssicherheit gegeben, die dafür sorgt, dass unsere Industrie wettbewerbsfähig bleibt und so auch zukünftig Beschäftigung und Wohlstand sichert.

8. Zukunftssichere Rohstoffversorgung

Die NRW-Koalition setzt auf nachhaltigen Umgang mit unseren endlichen Rohstoffen. Daher werden innovative technologische Ansätze zur Verbesserung der stofflichen Verwertung von Rohstoffen und Ressourcen gefördert.

9. Bessere Vernetzung von Industrie und Gründern

Mit dem Konzept „Neue Gründerzeit Nordrhein-Westfalen“ legt die NRW-Koalition einen Gesamtansatz zur Unterstützung von Gründern in Nordrhein-Westfalen vor. Durch die Vernetzung von Startups mit der Industrie werden so Potentiale für große Innovationen in Nordrhein-Westfalen gefördert.

10. Hervorragend ausgebildete Fachkräfte

Mit der „Agenda zur Stärkung der Beruflichen Bildung“ setzt die NRW-Koalition auf die Stärkung der dualen Ausbildung zur Gewinnung weiterer Fachkräfte. Die NRW-Koalition stellt bis zu 30 Millionen Euro für die berufliche Weiterbildung von Beschäftigten zur Verfügung.

11. Verantwortliche Flächenpolitik

Durch die zielgerichtete Nutzung u.a. ehemaliger Bergbauflächen oder Industriebrachen kann das industriepolitische Herz in Nordrhein-Westfalen weiterschlagen.

12. Leistungsstarke Verkehrswege und eine moderne Mobilitätsinfrastruktur

Um die Modernisierung unserer Infrastruktur weiter voran zu treiben, sollen Genehmigungsverfahren weiter verkürzt werden, die Planungen von öffentlichen Bauprojekten schneller und effizienter realisiert werden. Verkehrsträger wie Schiene, Wasserstraßen oder auch die emissionsarme Mobilität werden gestärkt und ausgebaut.



13. Beste Chancen auf internationalen Märkten

Die NRW-Koalition wird sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen auf den internationalen Märkten und für freien Handel einsetzen. Dabei wird sie insbesondere den Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen von ausländischen Partnern und den Marktzugang für den industriellen Mittelstand fördern.

14. Innovative Industriepolitik in Europa

Die NRW-Koalition wird sich auf Bundes- und auf europäischer Ebene dafür einsetzen, die europäischen Rahmenbedingungen für die industrielle Produktion zu verbessern, und dass eine Einhaltung der 1:1 Umsetzung von EU-Recht eingehalten wird. Im Fokus steht auch die Zusammenarbeit mit anderen Regionen Europas.

Es braucht Visionen und Projekte, um den Industriestandort Nordrhein-Westfalen zu stärken. Nur wer den Mut und die Kraft hat, etwas verändern zu wollen, ohne dabei seine politische DNA aufzugeben, kann das Land voranbringen.

Das vollständige industriepolitische Leitbild für Nordrhein-Westfalen finden Sie unter: www.wirtschaft.nrw





LANDTAG aktuell:
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

TOP-THEMA

Wir entfesseln die Wirtschaft

In den Jahren der rot-grünen Vorgängerregierung hat die Bürokratie stark zugenommen. Unsinnige Vorschriften und Regelungen haben es Unternehmen in Nordrhein-Westfalen schwer gemacht, sich wirtschaftlich zu entfalten.

Die CDU ist 2017 auch zur Wahl angetreten, um die Wirtschaft zu entfesseln. Doch was bedeutet das? Gemessen an seiner Wirtschaftskraft wäre Nordrhein-Westfalen die siebtgrößte Volkswirtschaft in der Europäischen Union. Wir haben den Fleiß, die Innovationskraft und die Expertise. Damit haben wir auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft auch alle Chancen für Wachstum und Beschäftigung jetzt und in Zukunft. Denken wir nur an die vielen Dax-Konzerne mit Sitz in NRW und die Hidden Champions des Mittelstandes (internationale Spitzenunternehmen) im ganzen Land, von Aachen über Dortmund bis nach Ostwestfalen. Denken wir an unseren fleißigen und erfolgreichen Mittelstand und das Handwerk. Das sind 708.000 kleine und

mittlere Unternehmen in NRW (Quelle: Ministerium für Wirtschaft NRW). Denken wir an die vielen Gründerinnen und Gründer, die mit ihren innovativen Ideen Nordrhein-Westfalen nach vorne bringen wollen und können.

Wir wollen dieses Potential ausschöpfen, die Wirtschaft unterstützen, um im Zuge der Digitalisierung wettbewerbsfähig und modern zu sein. Innerhalb der ersten 15 Monate der Regierung der NRW-Koalition haben wir insgesamt 40 Regelungen vereinfacht. Mittlerweile hat das Kabinett vier Entfesselungspakete verabschiedet. Ein fünftes zum Themenbereich der erneuerbaren Energien ist noch für dieses Jahr angekündigt.

Entfesselungspaket I

Mit dem ersten Entfesselungspaket wurden Maßnahmen zum Bürokratieabbau beschlossen. 16 Regelungen, die Wirtschaft, Verwaltung, Gründer und Bürger unnötig belastet haben, sind

weggefallen. Wichtige Vorhaben zur Modernisierung haben ihren Weg ins Gesetz gefunden.

Wir haben das Ladenöffnungsgesetz erneuert. Die Anzahl der möglichen verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage haben wir von vier auf acht erhöht. Besonders wichtig: Wir schaffen Rechtssicherheit für die Städte und Gemeinden.

Wir haben das Tariftreue- und Vergabegesetz modernisiert. Die Ziele, also Tariftreue und Mindestlohn in öffentlichen Vergabeverfahren, bleiben bestehen. Innerhalb dieser Bereiche gibt es jetzt sogar stärkere vertragliche Sanktionsmöglichkeiten. Komplizierte Nachweispflichten fallen dafür weg. Regelungen für Nachhaltigkeit werden vereinfacht.

Die Hygieneampel fällt weg. Anstelle dieses rotgrünen undurchschaubaren Bürokratiemonsters wird es ein neues Verfahren geben, das Verbraucher positiv über die Hygiene und Lebensmittelsicherheit informiert.

Mit der vollelektronischen, medienbruchfreien Gewerbeanmeldung können Gründerinnen und Gründer schneller und einfacher online ein Gewerbe anmelden. Deren Annahme ist jetzt auch zusätzlich über die Industrie- und Handelskammern möglich.

Entfesselungspaket II

Mit dem zweiten Entfesselungspaket vereinfachen und modernisieren wir weiter. So sorgen wir für mehr Transparenz für den Industrie- und Gründerstandort Nordrhein-Westfalen.

Wir haben den Landesentwicklungsplan (LEP) überarbeitet und entrümpelt. Mit dieser Maßnahme schaffen wir bessere Rahmenbedingungen für Investitionen, Wachstum in allen Regionen Nordrhein-Westfalens, den Wohnungsbau und neue Arbeitsplätze. Wir stärken bewusst die ländlichen Regionen und entlasten die unter Druck stehenden Städte.

Wir vereinfachen die Prozesse für Gründerinnen und Gründer. Über das ELSTER-Portal bekommen sie jetzt zum Beispiel digital schneller eine Steuernummer zugeteilt und können auch die Umsatzsteuer-ID online beantragen.

Nordrhein-Westfalen ist Industrieland. Auch in diesem Bereich geht es der NRW-Koalition darum, Verfahren zu vereinfachen und im Sinne einer Ausgewogenheit zwischen Ökologie und Ökonomie mit Best-Practice-Beispielen flächen-

deckend zu verbessern. Das gilt auch für die Überwachung und Genehmigung von Industrieanlagen. Diese Verfahren wollen wir rechtssicher gemeinsam mit den zuständigen Behörden analysieren und optimieren. Das Pilotprojekt wurde bereits erfolgreich bei der Lanxess-Anlage durchgeführt.

Entfesselungspakete III und IV

Das dritte und vierte Entfesselungspaket greifen ineinander, das Entfesselungspaket IV führt legislative und exekutive Ansätze des dritten Paketes fort. Am 26. September 2018 hat das Landeskabinett dem Entfesselungspaket III zugestimmt. Der Schwerpunkt liegt auf der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren und der Straffung von Planungsverfahren, sowie auf dem Strukturwandel im Rheinischen Revier und an den Standorten für Steinkohle im ganzen Land.

Konkret bedeutet das bei immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, dass die Dauer von sieben auf drei Monate verkürzt werden soll, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen. Damit das auch klappt, sollen das Verfahren und das Genehmigungscontrolling digital werden. Das alles unter Einhaltung höchster europäischer und nationaler Umweltstandards. Mit der Änderung des Landesplanungsgesetzes NRW soll eine sogenannte Experimentierklausel eingeführt werden. Dahinter verbirgt sich die Einladung an die Regionen, Ideen zu entwickeln, um Vorhaben der Energiewende, der Digitalisierung für die Anpassung an Klima- und Strukturwandel zu beschleunigen und zu vereinfachen. Das ist bundesweit einmalig. Gleichzeitig sollen Beteiligungsformen und das Verfahrensrecht in den Regionen vereinfacht werden.

Verfahren bei der Umsetzung von Artenschutzregelungen sollen vereinfacht werden. Das bedeutet, dass beispielsweise Leitlinien für die Nutzung von Grünflächen als Gewerbeflächen erarbeitet werden, die dem Artenschutz entsprechen. Damit auch bei vielen Anträgen kein Stau bei den Genehmigungsverfahren eintritt, werden flexibel, schnell und bedarfsgerecht einzusetzende Teams aus pensionierten Beamtinnen und Beamten gebildet (Task Forces).



Foto: Ranglen / Shutterstock

INNOVATIVES BAUEN

Wohnraum aus dem 3D-Drucker?

3D-Druck ist eine Zukunftstechnologie. Diese wollen wir jetzt vom kleinen in den großen Maßstab bringen. Damit können wir die Digitalisierung auf eine der großen Herausforderungen unserer Zeit anwenden - den Wohnungsbau. Als Einzelteile, Komponenten oder als ganze Bauteile. Wir wollen, dass Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich eine führende Rolle übernimmt. Es geht darum, zu forschen und die Entwicklung voranzutreiben. Das Ziel: Weg vom Betonkopf und hin zum Druckkopf.

Gebäude digital zu planen, ist lange schon üblich. Das so Geplante dreidimensional auszuführen im Sinne von Ausdrucken, ist allerdings noch Neuland, jedenfalls in Deutschland. Dabei ist 3D-Druck am Bau kein Science Fiction und wird in China oder auch den benachbarten Nie-

derlanden bereits praktiziert. In Shanghai stehen Brücken aus dem 3D-Drucker, in Eindhoven soll die erste 3D-Druck-Siedlung in Europa entstehen. Wir wollen, dass das Know-how für die Zukunft hier in Nordrhein-Westfalen entsteht und nicht irgendwann aus dem Ausland importiert werden muss.

Hemmnisse für diese zukunftssträngige Technologie, auch unter Berücksichtigung von Sicherheitsaspekten, möchten wir beseitigen und dafür sorgen, dass Unternehmen in Nordrhein-Westfalen die technologische Vorreiterrolle beim 3D-Druck übernehmen werden.

Kurz: Wir wollen zügig in die praktische Anwendung dieser Technologie kommen. Denn Drucken statt Bauen hilft, Zeit und nicht zuletzt Ressourcen zu sparen.



INTERVIEW

Unsere Zukunft heißt „Made in NRW“

Henning Rehbaum ist wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Im Interview spricht er über seine Vorstellungen von der Zukunft unseres Landes, über Themen, die jetzt angepackt werden müssen und wie ihn sein Ärger über die SPD in die Politik brachte.

Zu Anfang losgelöst von der Tagespolitik ein Blick in die Zukunft: Wie sieht's in Nordrhein-Westfalen 2030 aus?

Nordrhein-Westfalen ist Wirtschaftsstandort Nr. 1 in Deutschland mit Millionen attraktiver Arbeitsplätze. Mittelständler und Industrie fühlen sich hier wohl, weil sie schnellere Genehmigungen, einfachere Ansiedlungsmöglichkeiten und mehr Fachkräfte als woanders bekommen. Die Verkehrswege sind in Schuss, Glasfaser ist ausgebaut und Kinder kennen Funklöcher nur aus den Erzählungen ihrer Eltern.

Klingt gut. Was müssen wir deshalb jetzt angehen?

Schnellere Genehmigungsverfahren, um den Wettlauf um Unternehmensansiedlungen, For-

schungsprojekte, Investitionen in erneuerbare Energien und Erfindungen zu gewinnen. Wir müssen das schnellste Bundesland werden!

Welche Themen stehen für Sie an erster Stelle?

Stärkung der dualen Berufsausbildung im Handwerk, Forschung und Förderung technischer Lösungen für die Energiewende „Made in NRW“, Stärkung des ländlichen Raums und Entlastung der Großstädte, Unternehmensansiedlung sowie ein attraktives Bahnnetz für Pendler und Produkte. Und: Ich möchte die Gesellschaft überzeugen, dass Schutz und Bewahrung der Schöpfung nur gemeinsam mit der Wirtschaft möglich ist - nicht gegen sie!

Vor Ihrer Zeit im Landtag haben Sie zehn Jahre das Busunternehmen Ihrer Familie geleitet, wurden dann Mitglied der Geschäftsführung der Westfälischen Verkehrsgesellschaft. Was muss sich verändern, damit der Verkehr in NRW wieder fließt?

Das Geheimnis liegt nicht in Verboten, sondern in der intelligenten Verknüpfung der Verkehrsmittel. Dafür brauchen wir intakte Straßen und

mehr Radwege, ein attraktives Angebot von Bus und Bahn, Park-and-Ride-Parkplätze und intelligente Handy-Anwendungen, um alles zu verknüpfen. Ich selber fahre morgens mit dem Auto zum Bahnhof, mit der Bahn nach Düsseldorf und mit dem Mietrad vom Hauptbahnhof zum Landtag. Es funktioniert!

Aus welchen Beweggründen sind Sie in die Politik gegangen?

Wie oft habe ich mich über die selbstgefällige Herrschaft der SPD über NRW aufgeregt! Meine Erfahrungen aus der Wirtschaft und der Selbstständigkeit einzubringen, um meine Heimat und unser Land nach vorne zu bringen, das ist für mich bis heute Anspruch und Ansporn für meine politische Arbeit.

CDU-Fraktion und Landesregierung sind stolz auf den Landesentwicklungsplan. Was ist der Unterschied zum Vorherigen der Regierung Kraft?

Der rot-grüne LEP war geprägt von Verboten und ideologischer Gängelung. Unser LEP soll Entwicklung endlich wieder möglich machen: viel mehr Wohnungsbau, Dörfer stärken und die überfüllten Städte entlasten, Ansiedlung von Unternehmen und Arbeitsplätzen in Stadt und Land, Ausbau der Erneuerbaren Energien mit Sinn und Verstand.

Alle reden von der Energiewende. Wie kann sie in NRW gelingen?

Mit einem gesunden Mix aus Photovoltaik, Windkraft, Erdwärme, Wasserstoffnutzung, sauberen Gaskraftwerken für Versorgungssicherheit an windstillen und dunklen Tagen sowie immer mehr CO₂-sparende Fahrzeugantriebe. Unsere Chance als ausgesprochenes Industrieland ist die weltweite Energiewende - mit Technik „Made in NRW“. Ich will, dass Innovationen für die Zukunft hier in Nordrhein-Westfalen entstehen und nicht irgendwann aus dem Ausland importiert werden müssen.

Was bedeutet die Strategie für die Kohleregionen in NRW sowie für die Bürger?

Das Rheinische Revier und das Ruhrgebiet sollen Energie- und Industrieregion bleiben. Das viele

Geld vom Bund wollen wir nicht mit der Gießkanne ausschütten, sondern gezielt zur Stärkung der Verkehrswege und zur unbürokratischen Ansiedlung von ordentlichen Arbeitsplätzen im Energie-, Industrie-, Digitalisierungs- und Forschungssektor einsetzen.

Ende des Jahres wird der Haushalt 2020 verabschiedet – Wo wurden dort wichtige Akzente für die Wirtschaft gesetzt?

Wir als NRW-Koalition haben die Mittel für Klimaschutz seit 2017 verfünffacht und legen bei Fördermitteln für Mittelstand, Strukturwandel, Firmengründungen, Energieforschung und Digitalisierung nochmal eine Schippe drauf. Wenn wir 2030 als NRW spitze sein wollen, müssen wir jetzt investieren - und Investitionen möglich machen.

Apropos Energieforschung: Wie bedeutsam sind Batterieforschung und E-Technik?

Ob Handy, E-Bike, Staubsauger oder PKW für den Stadtverkehr: Der Akkubetrieb von Geräten und Fahrzeugen ist ein weltweiter Megatrend. Wir in NRW wollen und können mit Forschung und Firmen der Spitzenklasse mithelfen, Batterien leistungsfähiger, leichter und vor allem umweltfreundlicher zu machen - und in attraktive Arbeitsplätze ummünzen!

ZUR PERSON

Henning Rehbaum (Jahrgang 1973) studierte nach der Ausbildung zum Industriekaufmann beim Landmaschinenhersteller CLAAS BWL an der Hochschule Heilbronn mit Diplomphase in Skandinavien. Er übernahm 2000 die Leitung des elterlichen Unternehmens, der Verkehrsbetriebe Bils, mit rund 200 Mitarbeitern und 120 Bussen. 2010 übergab er die Leitung des Betriebs, er wurde Prokurist bei der Westfälischen Verkehrsgesellschaft. Rehbaum trat 1998 in die CDU ein, kandidierte bei der Landtagswahl 2012. 2017 zog er erneut in den Landtag ein und ist seitdem Sprecher der CDU-Fraktion im Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung.



Foto: CDU-Fraktion

FLUGÄRGER-APP

Meilenstein für Verbraucher



Die sogenannte „Flugärger-App“ soll Fluggästen bei Verspätungen oder Ausfällen über ihre Rechte informieren und bei der Durchsetzung ihrer Ansprüche unterstützen. So soll der Druck auf die Fluggesellschaften erhöht werden, denn nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen.

Wenn der Ferienflieger zu spät abhebt oder der Flug ganz ausfällt, ist die Urlaubsstimmung dahin oder der Geschäftstermin gelaufen. Die Anzahl von Verspätungen und Ausfällen von Flügen steigen leider kontinuierlich an. Ziel der NRW-Koalition ist es, die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu stärken. Hierfür haben wir einen weiteren Meilenstein erreicht. Auf Initiative der Fraktionen von CDU und FDP wurde die Entwicklung einer Fluggastrechte-App für Verbraucher angeregt. Nach einem Jahr Entwicklungszeit wurde diese nun von der Landesregierung und der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen vorgestellt.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Christian Untrierer kennt das Problem vieler Fluggäste: „Berechtigte Ansprüche auf Entschädigung durchzusetzen, ist allerdings schwierig. Die Software soll nun ermöglichen, dass Reisende ihre Ansprüche bürokratiearm, schnell und unabhängig sowie ohne Abzug von Gebühren geltend machen können. Sehr erfreulich ist auch die Schnittstelle mit der Schlichtungsstelle für den Fall, dass Fluggesellschaften eine berechtigte Forderung ablehnen sollten. Wir sind auf den Start der App gespannt und sehen die Bevölkerung für bevorstehende Flüge gut gewappnet.“

GEFAHRTIERGESETZ

Haltung von gefährlichen Tieren konsequent regeln

Niemand möchte einer entwichenen Giftschlange begegnen. Wir als CDU-Landtagsfraktion wollen die Privathaltung von lebensgefährlichen Tieren regeln.

Bei der Haltung beispielsweise von hochgiftigen Schlangen oder Skorpionen steht für uns der Schutz der Bevölkerung an erster Stelle. Wir wollen klare Regelungen wie eine Anzeigepflicht, denen die Halter nachkommen müssen, sowie rechtliche Konsequenzen, wenn dies nicht geschieht.

Im Fall der entwichenen Giftschlange in Herne war lange Zeit nicht klar, wem sie gehört, wer haftet und wer den Einsatz bezahlt. Es hat sich erneut gezeigt, dass die Behörden besser handeln können, wenn sie wissen, mit welchen Tieren sie es an welchen Orten zu tun haben.

Die Tierhalter sollten zudem über eine ausreichende Sachkunde verfügen und gleichzeitig auch für den Fall eines Ausbruchs des Tieres versichert sein.



Foto: Adobe Stock

KUNSTRASENPLÄTZE

An der Seite von Vereinen und Kommunen

Im Freizeit- und Breitensport Fußball ist heute ein Trainings- und Spielbetrieb ohne Kunstrasenplätze nicht mehr denkbar. In Deutschland reden wir aktuell von 30 Millionen Quadratmetern Kunstrasenfläche.

Im Sommer dieses Jahres versetzten Meldungen über ein sofortiges Verbot von Kunstrasenplätzen in der EU die Vereine in Schrecken. Von einem solchen Verbot wären allein in Nordrhein-Westfalen 1.400 Kunstrasenplätze betroffen. Entgegen der verbreiteten Meldungen plant die Europäische Kommission kein Verbot von Kunstrasenplätzen. Allerdings wird auf EU-Ebene über ein Verbot gewisser Kunststoffgranulate auf chemischer Polymerbasis diskutiert. Also geht es nicht um ein Verbot von Kunstrasenplätzen selbst, sondern um ein mögliches sofortiges Verbot des Füllmaterials.

Im Rahmen einer neuen EU-Kunststoffstrategie soll eine Verringerung der Menge von umweltschädlichem Mikroplastik erreicht werden. Und es ist Fakt, dass das Mikroplastik auf unseren Kunstrasenplätzen die Umwelt belastet. Daher ist eine Reduzierung und langfristige Vermeidung von Kunststoffgranulat zwingend erforderlich. Bei den derzeitig geplanten Sportanlagen

sollte daher bereits jetzt auf die Verwendung von umweltfreundlichen Füllstoffen geachtet werden. Förderungen beim Bau von neuen Kunstrasenplätzen erhalten künftig nur noch die, die auf Kunststoffgranulate verzichten und stattdessen umweltfreundliche Materialien – etwa Kork oder Quarzsand – verwenden. Kommunen, Verbände und Vereinen will die NRW-Koalition dabei beratend helfen.

Der sportpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Jens Nettekoven, versteht die Bedeutung der Kunstrasenplätze für die Sportvereine und verspricht: „Ziel der NRW-Koalition ist es, ein sofortiges EU-Verbot von Kunststoffgranulat in Kunstrasenplätzen zu verhindern. Daher wird sich die Landesregierung in Berlin dafür stark machen, dass es für bestehende Plätze eine vernünftige Übergangsphase zur Umstellung auf umweltverträglicheres Füllmaterial geben wird. Unsere Sportvereine leisten einen besonderen gesamtgesellschaftlichen Beitrag, nicht nur in Hinblick auf Gesundheit, Gemeinschaft und Integration, sondern auch bei der individuellen Persönlichkeitsbildung. Daher sollen alle Vereine, Verbände und Kommunen in Nordrhein-Westfalen wissen, dass die NRW-Koalition an ihrer Seite steht und sie nicht alleine lässt.“



Foto: Adobe Stock

MEHR SICHERHEIT FÜR JUNGE FRAUEN

Loverboys endgültig das Handwerk legen

Die NRW-Koalition will die Präventions- und Aufklärungsarbeit über die Loverboy-Methode in Nordrhein-Westfalen vorantreiben. Neben der aktiveren Bekämpfung im strafrechtlichen Sinne soll so den kriminellen Verführern das Handwerk gelegt werden. Bei der Loverboy-Methode werden weiblichen Minderjährigen und jungen Frauen von sogenannten Loverboys eine Liebesbeziehung vorgaukelt, durch die die Opfer in ein emotionales Abhängigkeitsverhältnis gebracht werden, um sie so an die Prostitution heranzuführen und auszubuten. Von den 489 bundesweiten Opfern, die durch das Bundeslagebild Menschenhandel und Ausbeutung 2017 erfasst wurden, wurde bei 127 Opfern diese Loverboy-Methode angewandt.

„Die Loverboy-Methode ist dabei kein Phänomen großer Städte, sondern tritt vor allem in ländlichen Regionen auf“, so Heike Troles, Sprecherin für Frauen und Gleichstellung, „die Kontaktaufnahme erfolgt meist vor Schulen, in der Nähe von Jugendtreffs oder auch in den Sozialen Medien. Und genau da müssen wir ansetzen, um besser über die Gefahr zu informieren.“ Durch die Sensibilisierung der breiten Öffent-

lichkeit, können Täter und Tatversuche schneller erkannt und letztendlich mitgeholfen werden, solche Fälle zu verhindern und das Martyrium der Opfer schneller zu beenden. Die Landesregierung hat schon einige konkrete Maßnahmen unternommen, um über die Gefahren von sexualisierter Gewalt aufzuklären. Neben der Weiterentwicklung dieser Aufklärungskampagnen sollen auch mehr Angebote anonymer Beratungsstellen geschaffen werden. Gerade die Anonymität ist wichtig, da die Scham der Opfer oft dazu führt, sich nicht an Hilfsangebote zu wenden.

Dietmar Panske, Innenpolitiker der CDU-Fraktion, sieht noch einen weiteren wichtigen Schritt im Kampf gegen die kriminellen Verführer: „Die Loverboy-Methode muss auch auf die Tagesordnung der nächsten Innenministerkonferenz, damit die Bekämpfung bundesweit besser koordiniert werden kann.“

Fakt ist: Dem Leid, das den jungen Mädchen und Frauen durch das Schaffen von Abhängigkeiten, massivsten Bedrohungen und brutaler körperlicher Gewalt angetan wird, muss endgültig ein Ende bereitet werden.


HAUSHALT 2020

Investitionen ins Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen

Mehr Geld für Bildung und Familie, für die Stärkung der Inneren Sicherheit sowie für Innovationen, Digitalisierungs- und Infrastrukturprojekte. Das sind die Kernpunkte des Landeshaushalts 2020, der Ende des Jahres im Landtag verabschiedet wird.

Eckpfeiler des Etats, der bei einem Gesamtvolumen von rund 80 Milliarden Euro ohne neue Schulden auskommt, sind Investitionen in Höhe von acht Milliarden Euro – mehr als jemals zuvor in der Geschichte unseres Landes. „Nordrhein-Westfalen setzt spürbar und nachvollziehbar Kurs auf eine gute Zukunft“, so CDU-Fraktionschef Bodo Löttgen im Landtag, „aber Kurs setzen ist noch nicht ankommen. Wir investieren in Sicherheit, in Schule und Mobilität, in Digitalisierung, ÖPNV, in Sportstätten und Krankenhäuser, in Umweltschutz, Forschung und Mobilität. Aber mit einem entscheidenden Unterschied zur Vorgängerregierung: Wir geben nur das Geld aus, das tatsächlich vorhanden ist.“

Keine neuen Schulden auf Kosten kommender Generationen. Schuldenabbau, wann immer möglich. Klar erkennbare Schwerpunkte bei Sicherheit, bezahlbarer Energie und Wahrung des sozialen Friedens in Zeiten erheblicher technologischer Umwälzungen – das ist die Handschrift der NRW-Koalition in diesem Haushalt, der die wichtigen Zukunftsfragen unseres Landes beantwortet.

So werden allein in den Bereichen Bildung und Familie mit dem Haushaltsentwurf 2,1 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Hiervon fließen mit dem „Pakt für Kinder und Familien“ zusätzlich 1,3 Milliarden Euro in die Kindertagesbetreuung und das Land übernimmt zusätzlich auch die Elternbeiträge für beide Jahre vor der Einschulung. Zudem kommen allein 2020 1200 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer hinzu, ganz besonders für die Neuausrichtung der schulischen Inklusion. Auch an die Innere Sicherheit ist gedacht: Für den polizeilichen Verwaltungsdienst werden 500 neue Stellen geschaffen, damit mehr Polizei dauerhaft für bessere Sicherheit auf den Straßen sorgen kann. Kritik an angeblich zu geringer Schuldentilgung kam ausgerechnet von der rot-grünen Opposition, die zu Regierungszeiten unter Hannelore Kraft (SPD) keinen Cent Schulden getilgt hatte. „Die Opposition liegt mit ihrer erwartbaren Kritik weit daneben“, konterte Löttgen im Landtag: „Diese Landesregierung hat seit Beginn der Legislaturperiode 542 Millionen Euro Schulden abgebaut. Das sind 542 Millionen Euro mehr als bei der rot-grünen Vorgängerregierung zwischen 2010 und 2017. Wir erneuern unser Bekenntnis, in der gesamten Legislaturperiode keine neuen Schulden aufzunehmen.“



Foto: Volker Zierhut

Im Bild: Rainer Lehni, Landesvorsitzender des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, Sebastian Wladarz, Landesmannschaft der Oberschlesier, Klaus Kaiser, parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Dietmar Schulmeister, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bodo Löttgen MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, Rüdiger Scholz MdL, Beauftragter für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten der CDU-Fraktion, Thorsten Schick MdL, stv. Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, und Heiko Hendriks, Beauftragter der Landesregierung für Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler (v.l.n.r.)

FESTAKT

Leistung der Heimatvertriebenen und Aussiedler würdigen

Gemeinsam mit 200 Gästen feierte die CDU-Landtagsfraktion den Tag der Heimat im Plenarsaal des Landtags. „Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler haben unsere wirtschaftliche und kulturelle Landschaft geprägt“, eröffnete der CDU-Fraktionsvorsitzende Bodo Löttgen die Veranstaltung. Die Würdigung für deren Beitrag zur Entwicklung Nordrhein-Westfalens ist ein wichtiges Anliegen der NRW-Koalition. Daher wurden die finanziellen Mittel seit 2017 um 35 Prozent erhöht.

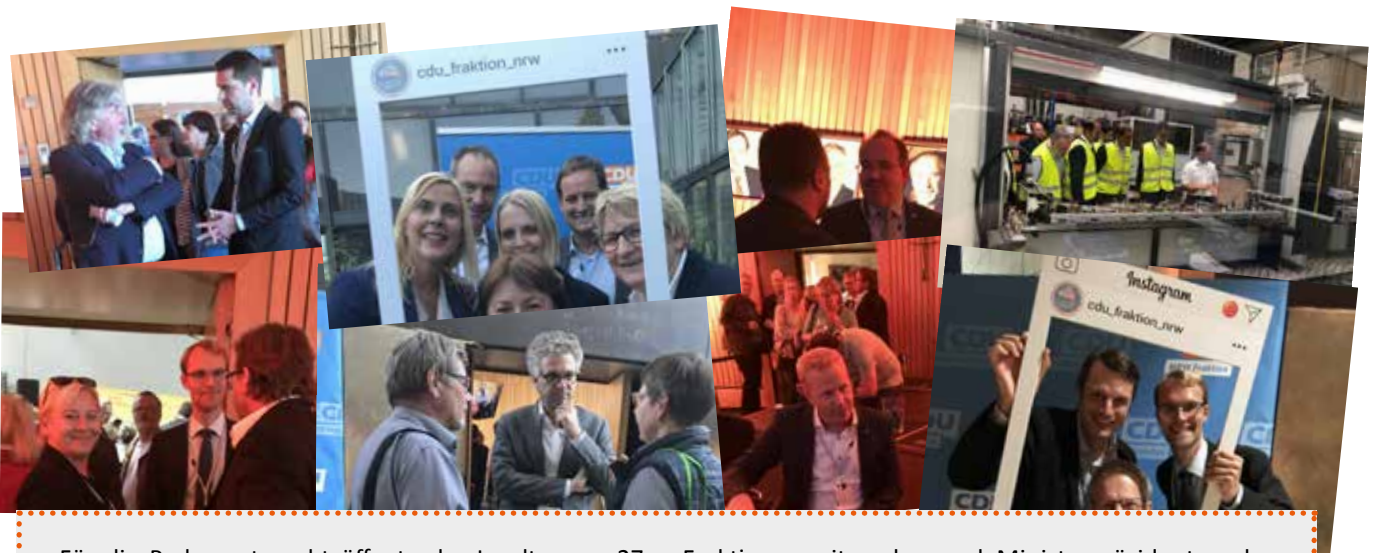
Klaus Kaiser, parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, hob hervor, dass Aussiedler und Spätaussiedler die am besten integrierte Bevölkerungsgruppe seien: „Sie sind überdurchschnittlich in Bildung, in Studium und im Beruf.“ Dr. Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, betonte in seiner Rede: „Heimat ist mehr als nur ein

geografischer Ort, es ist ein Gefühl, das man im Herzen trägt. Es ist gut, den Begriff endlich positiv zu besetzen. Das kann auch bei der Integration helfen.“

Zum Abschluss würdigte Rüdiger Scholz, Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten, die Arbeit der Verbände sowie Landsmannschaften und unterstrich: „Wir stehen an der Seite der Opfer von Flucht und Vertreibung und erinnern uns an die Schicksale der Menschen, die ihre Heimat verloren haben. Sie kamen nach Nordrhein-Westfalen und haben geholfen, unser Land aufzubauen. Dafür gebührt ihnen auch heute noch unser Dank.“



Foto: Volker Zierhut



Für die Parlamentsnacht öffnete der Landtag am 27. September für die Bürgerinnen und Bürger seine Türen. Rund 3000 Menschen nahmen diese Möglichkeit wahr. Das Programm reichte von unterschiedlichen Talks, einem Poetry Slam und Varietés bis hin zum Konzert der WDR-Big-Band im Plenarsaal. Natürlich gewährte auch die CDU-Fraktion Einblicke in ihre Arbeit.

Bei spätsommerlichen Beats und einem kühlen Getränk besuchten Interessierte die CDU-Landtagsfraktion. Sie nutzten die Gelegenheit mit den Mitgliedern der CDU-Fraktion in lockerer Atmosphäre das Gespräch zu suchen und Themen anzusprechen, die sie interessieren und beschäftigen. Unser Fraktionsaal wurde zur Wohlfühlarea umkonzipiert und lud Gäste zum Verweilen und Ausruhen ein, um sich vielleicht die ein oder andere Leckerei schmecken zu lassen. Natürlich konnten sie sich auch über die ehemaligen

Fraktionsvorsitzenden und Ministerpräsidenten der CDU Nordrhein-Westfalen informieren. Von unserer Outdoor-Lounge konnten die Gäste das rege Treiben in der Wandelhalle beobachten.

Die ausgelassene Stimmung der Parlamentsnacht war vor allem beim Tischfußball zu spüren. Der ein oder andere Abgeordnete versuchte dort auch sein Glück. Das Highlight der CDU-Fraktion war jedoch die Fotobox mit zahlreichen Landtagsmotiven. Ob als Pilot, Sänger, Clown oder unverkleidet - Spaß war hierbei garantiert. Mit den Erinnerungsfotos bleibt bei jedem der Abend im Gedächtnis.

Ein rundum gelungener Abend und eines steht jetzt schon fest: Wir freuen uns schon auf die nächste Parlamentsnacht und vielleicht sind Sie ja dann auch dabei.





Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Die Mitte - Koalition mit Zukunft

In seiner ersten Regierungserklärung 1982 prägte der 6. Bundeskanzler unserer Republik, Dr. Helmut Kohl, für das Regierungsbündnis von CDU, CSU und FDP den Begriff „Koalition der Mitte“. 37 Jahre später ist die NRW-Koalition von CDU und FDP in Nordrhein-Westfalen die letzte und einzige „Koalition der Mitte“ in unserer Republik. Warum funktioniert bei uns, was anderenorts kaum vorstellbar erscheint? Weil zwei gleichberechtigte Partner sich verabreden haben, nicht nur Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger sowie ihrer Interessen zu sein, sondern vor allem auch Repräsentanten ihrer Widersprüche, mit dem Ziel, diese Widersprüche aufzulösen und damit zu politischen Entscheidungen zu kommen. Definiert man die Mitte als den Ort in der Gesellschaft, an dem diese Widersprüche intensiv wahrgenommen oder diskutiert werden, wird deutlich, dass die NRW-Koalition, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, sich spürbar darum kümmern, die Deutungshoheit zu erobern und den Widerspruch in politischen Entscheidungen aufzulösen. Getragen von vertrauensvoller, oft freundschaftlicher Zusammenarbeit, setzen wir Kurs auf eine gemeinsame Zukunft als bürgerliche Koalition der Mitte!

Wollen wir dieses Ziel erreichen, muss die CDU fünf Dinge beherzigen.

Dazu gehört, innerparteilich unabdingbar, die gleichwertige Wahrung unserer christlich-sozialen, konservativen und liberalen Wurzeln.

Dazu gehören für mich die drei identitätsstiftende Grundüberzeugungen der CDU, die sich ungeachtet aller tagesaktuellen Anpassungen nicht ändern werden. Das handlungsleitende christliche Menschenbild, das Festhalten an der Sozialen Marktwirtschaft mit der Botschaft, dass jeder, der sich anstrengt, es zu etwas bringen kann, und dass die, die hinfallen, jemanden finden, der ihnen beim Aufstehen hilft und schließlich die Liebe zu unserem Vaterland.

Dazu gehört die Erkenntnis, dass man weder linksgrün, noch rechts-alternativ blinken darf, sondern geradeaus lenken muss, um glaubwürdig zu bleiben.

Bringen wir diese Stärken auch weiterhin aktiv in eine Zusammenarbeit ein, haben wir alle Chancen zu bleiben, was wir sind: „Die Mitte“ als attraktives politisches Angebot und Koalition mit Zukunft über 2022 hinaus!

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Joschka Thiel, Britta Götz, Dirk Herrmann
Kontakt und Website: www.cdu-fraktion.nrw

Das Service-Handbuch zur Kommunalwahl 2020

Nordrhein-Westfalen wird vor Ort gemacht.

Kampagne gestalten

Serviceleistungen

Kommunikationsanleitungen

Ansprechpartner

Die offizielle Werbelinie

Tipps für Sozialen Medien

Ihr perfekter Begleiter für Ihren Wahlkampf.

Ab sofort erhältlich in Ihrer Kreisgeschäftsstelle vor Ort.





WIRTSCHAFT IM WANDEL

Wer sich mit der Wirtschafts- und Arbeitswelt der Zukunft beschäftigt, der stößt früher oder später auf die düstere Prognose der Wissenschaftler Carl Benedikt Frey und Michael A. Osborne, nach der durch Digitalisierung jeder zweite Arbeitsplatz bedroht ist. In ihrer viel diskutierten Studie „The future of employment“ von 2013 hatten sie berechnet, dass knapp die Hälfte aller Beschäftigten in den USA in Jobs arbeiten, die im Zuge der Digitalisierung in den kommenden 10 bis 20 Jahren wegfallen.

Die Digitalisierung als zentraler Treiber für Massenarbeitslosigkeit? Sollte man sich dieser düsteren Prognose anschließen? Ist der technologische Fortschritt eine Bedrohung für unsere Arbeit? Ich halte dagegen!

Die Geschichte der Industrialisierung ist in der Tat eine Geschichte der Automatisierung. Mit jeder weiteren Fortschrittsstufe von der Ersten bis zur Dritten Industriellen Revolution wurden von Menschenhand gefertigte Arbeitsschritte nach und nach automatisiert. Der Mensch wurde Schritt für Schritt entlastet, körperlich schwere, zum Teil gesundheitsgefährdende Tätigkeiten von Maschinen übernommen. Allerdings hat die zunehmende Industrialisierung nie zu struktureller Arbeitslosigkeit geführt, sondern dazu, dass sich Arbeitsinhalte verschoben haben. Viele Jobs von früher gibt es heute nicht mehr. Dafür sind neue entstanden. Weniger schweißtreibende und monotone Fließbandarbeit, dafür mehr Wissensarbeit und Jobs im IT- und Dienstleistungssektor.

Dem Menschen ist bis heute nicht die Arbeit ausgegangen, seine Aufgaben allerdings haben sich stark gewandelt. Gewandelt haben sich demzufolge Qualifikationsanforderungen. Und darin liegt der Schlüssel für die Vorbe-

reitung auf den Wandel in Wirtschaft und Arbeit: Digitale Bildung, Aus- und Weiterbildung für alle Qualifikationsstufen – und zwar entlang der gesamten Erwerbsbiographie. Wir brauchen kein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern lebenslanges Lernen!

Die Zuversicht, Wirtschaft und Arbeitnehmern etwas zuzutrauen: Das Interesse, wissensdurstig zu bleiben, sich permanent weiterzubilden und digital am Ball zu bleiben. Das Vertrauen auf die Befähigung und die Verantwortung des Einzelnen hat immer Vorfahrt gegenüber dem vorschnellen Rückgriff auf die Solidargemeinschaft! Zumindest kleinen und mittelständischen Unternehmen kann mit staatlicher Finanzierung bei Bedarf dabei geholfen werden, das Können und Wissen ihrer Mitarbeiter digitalisierungsfest zu machen. Steuerliche Absetzbarkeit schafft einen zusätzlichen Anreiz. Bundesweite Gründerstipendien nach NRW-Vorbild und der bessere Zugang zu Wagniskapital erzeugen das innovationsfreundliche Klima, das wir brauchen, um unsere Betriebe im digitalen Wandel wettbewerbsfähig zu halten. Neue Technologien sind eine Chance, keine Bedrohung! Wir alle nutzen sie täglich und sollten darauf vertrauen, dass sie unser Wirtschafts- und Arbeitsleben einfacher und flexibler machen.

Diese Flexibilität sollte sich in den Regeln für unser Wirtschafts- und Arbeitsleben widerspiegeln. Wir brauchen ein flexibles Arbeitszeitgesetz, das eine bessere Work-Life-Balance, eigenverantwortliches und mobiles Arbeiten von Zuhause aus oder in sog. Co-Working-Spaces ermöglicht. In Zeiten digitaler Arbeit brauchen Arbeitnehmer mehr Zeit- und Ortschaftsouveränität und Betriebe keine bürokratischen Fesseln, die sie in ein Korsett zwängen. Eines der Technologieversprechen der Digitalisierung ist das Versprechen für mehr Flexibilität. Lassen Sie uns dieses Versprechen zu eigen machen. Zukunft wird aus Mut und Zuversicht gemacht, nicht aus düsteren Prognosen. ■



Hendrik Wüst
Landesvorsitzender der MIT

Die Zukunft der Arbeit aus Sicht der MIT und CDA Nordrhein-Westfalen

Unsere Wirtschaft und der Arbeitsmarkt befinden sich in einem steten Wandel. Eine starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen ist die Grundlage unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherungssysteme.

Sozialpartnerschaft und Tarifautonomie sind wesentliche Bestandteile unserer Sozialen Marktwirtschaft. Gerechte Löhne gibt es nur durch von Sozialpartnern ausgehandelte Tarifverträge. Mindestlöhne sind lediglich eine absolute Lohnuntergrenze. Wir erleben allerdings zurzeit, dass die Tarifbindung in Deutschland immer weiter abnimmt. Im Jahr 2018 arbeiteten 46 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifvertrag. Rund 49 Prozent der westdeutschen und etwa 35 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten arbeiteten in einem Betrieb, in dem ein Branchentarifvertrag galt. Dies zeigen Daten des IAB-Betriebspanels, einer jährlichen Befragung von rund 15.000 Betrieben durch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Seit 1996 ist der Anteil der Beschäftigten in Betrieben mit Branchentarifverträgen in beiden Landesteilen um 21 Prozentpunkte gesunken. Es droht also eine wesentliche Säule der Sozialen Marktwirtschaft wegzubrechen. Daher ist es zukünftig in immer mehr Branchen erforderlich, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Unser Arbeitsminister Karl-Josef Laumann ist in Nordrhein-Westfalen diesen Weg vorangegangen. So hat er erst im April 2019 u.a. die Tarifverträge für Auszubildende im Gaststätten- und Hotelgewerbe sowie für Beschäftigte im Sicherheitsgewerbe erneut für allgemeinverbindlich erklärt.

Wir brauchen wieder eine industriefreundliche Politik. Nordrhein-Westfalen wurde einst als „Herz der Industrie“ bezeichnet. Meine Heimatregion, das

Ruhrgebiet, steckt noch mitten im Strukturwandel. Diesen Wandel bekommen wir nur bewältigt, wenn wir auch tariflich gut bezahlte Industriearbeitsplätze in dieser Region erhalten. Hier müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen für Unternehmen geschaffen werden. Wir brauchen in Deutschland eine für alle bezahlbare Energiewende. Europaweit hat Deutschland im Jahr 2018 nach Dänemark die höchsten Strompreise (vgl. Eurostat 2019). Gerade für energieintensive Betriebe stellt dies eine hohe Belastung dar und trägt sicherlich nicht zu einer positiven Entscheidung bei der Standortauswahl bei. In meiner Heimatstadt Bochum hat Opel 2014 sein Werk mit ca. 3.000 Beschäftigten geschlossen. Auf der ehemaligen Opel-Fläche entstehen nun neue Arbeitsplätze, u.a. konnte dort ein DHL-Paketzentrum angesiedelt werden. Arbeitsplätze im Hochlohnsektor werden hier nun durch Arbeitsplätze in der Logistikbranche (im Niedriglohnsektor) ersetzt. Auch dies ist eine Entwicklung, die ich mit Sorge beobachte.

Aufgrund der Prägung Nordrhein-Westfalens als Industriestandort ergeben sich durch die Digitalisierung der Arbeitswelt und der Wirtschaft außergewöhnliche Möglichkeiten. Unter dem Schlagwort „Industrie 4.0“ gilt es nun, die jahrelange Erfahrung mit den neuen Wegen der Digitalisierung zu verknüpfen. Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen erfahren eine grundlegende Veränderung. Die menschliche Arbeitskraft wird aber weiterhin ein nicht wegzudenkender Bestandteil in der digitalisierten Arbeitswelt bleiben. ■



Dennis Radtke
Landesvorsitzender der CDA

12 Fragen an **Angela Erwin**

Angela Erwin, Jahrgang 1980, verheiratet, ein Sohn. Sie arbeitet als Rechtsanwältin in einer mittelständischen Wirtschaftskanzlei. Seit 2017 ist sie zudem direkt gewählte Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen, dort rechtspolitische Sprecherin, Vorsitzende des Parlamentskreis Mittelstand (PKM) und Mitglied des Innenausschusses. 2008 wurde sie Mitglied in der CDU. Erwin ist u. a. stellvertretende Vorsitzende des CDU-Kreisverbands Düsseldorf, stellvertretende Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU Nordrhein-Westfalen und seit 2019 Beisitzerin im Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsunion.



Als Kind wollten Sie sein wie?

Pippi Langstrumpf.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Muttermilch :D

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Mein Papa.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Die Umweltpuren in Düsseldorf wieder rückgängig machen.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Ich genieße die freie Zeit mit meinem Mann, meinem Sohn Max sowie der gesamten Familie.

Was lesen Sie gerade?

„Flugangst 7A“ von Sebastian Fitzek.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Bei uns zuhause läuft derzeit fast ausschließlich die TonieBox mit Kinderliedern, die wir eifrig mitsingen.

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Auswärtsspiele von Fortuna Düsseldorf.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Neque queri, neque loqui, agere! Das bedeutet übersetzt: Sich nicht beklagen, nicht palavern, handeln!

Welche Herausforderungen und Schwerpunkte sehen Sie in Ihrer Arbeit als stellvertretende Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung in Nordrhein-Westfalen?

Spätestens als im Jahr 2015 das statistische Landesamt der NRW-Konjunktur ein „Null-Wachstum“ bescheinigte, wurde uns klar, dass die Wirtschaftspolitik des Landes strukturell umgebaut werden musste. Zudem bereitet die aktuelle Weltwirtschaftslage Sorgen. Mit der Regierungsübernahme 2017 konnten wir endlich bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen gestalten. Dazu gehört nicht zuletzt der Abbau lähmender Bürokratie. Ebenfalls wichtig ist eine Intensivierung des Dialogs zwischen Politik und Wirtschaft. Die Devise: Voneinander lernen und gemeinsam stark sein.

Was sind Ihre Ziele, die Sie als Politikerin in der NRW-Wirtschaft gerne erreichen wollen?

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft; ihn gilt es zu stärken. Unsere Entfesselungspakete, mittlerweile vier an der Zahl, ebnen den Weg zu diesem Ziel. Sie widmen sich vor allem dem Abbau überflüssiger Bürokratie, der Beschleunigung von Verfahren und dem Vorantreiben der Digitalisierung. Ein weiteres wichtiges Anliegen, für das ich mich einsetze, ist eine Entlastung bei der Grunderwerbssteuer.

Welche Ziele haben Sie sich als Mitglied des Innenausschusses und in Ihrer Funktion als rechtspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion gesetzt?

Sieben Jahre Innen- und Justizminister der SPD haben ihre Spuren hinterlassen. Seit dem Beginn dieser Legislaturperiode ist es unser Anspruch, verlorengegangenes Vertrauen in die Sicherheitsstruktur unseres Landes sowie unseren Rechtsstaat zurückzugewinnen. Das gelingt uns Schritt für Schritt mit einer konsequenten Haltung, mehr Personal, einer verbesserten Ausrüstung und zeitgemäßen Gesetzen.

12 Fragen an Daniel Schranz

Daniel Schranz, Jahrgang 1974, ist verheiratet und hat drei Kinder. Beruf: Historiker. Seit 1990 ist Schranz Mitglied der CDU. Nach dem Abitur und dem Wehrdienst studierte er Geschichte und Politikwissenschaft. Er war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und Prokurist im Familienunternehmen. 2009 wurde er Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für NRW sowie Leiter des Büros in Düsseldorf und baute die Kommunal-Akademie der Stiftung auf. Nach 14 Jahren an der Spitze der CDU-Ratsfraktion wurde er im September 2015 zum Oberbürgermeister von Oberhausen gewählt.

Als Kind wollten Sie sein wie?

Ein Geheimagent wie James Bond. Die Agentenkarriere endete allerdings im Familienurlaub auf Wangerooge, als mir der zum Agentenkoffer umfunktionierte Kassettenkoffer beim Strandspaziergang zu schwer wurde...

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Als Jugendlicher habe ich mich intensiv in der kirchlichen Jugendarbeit und in der Schülervertretung engagiert. Da war der Weg in die CDU und in die kommunale Schulpolitik nicht weit. Noch als Schüler bin ich so Bürgermitglied im städtischen Schulausschuss geworden.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Die Geradlinigkeit von Konrad Adenauer und sein Einstehen für Überzeugungen haben mich immer beeindruckt – aber auch, wie er aus Köln eine moderne Großstadt gemacht hat.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Der Ausbau der digitalen Infrastruktur unseres Landes und ganz besonders unserer Schulen, denn da liegen wir deutlich zurück. Und der Abbau der kommunalen Altschulden, denn die gefährden die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

Ein besonderes Vertrauensverhältnis ist tatsächlich zu meinem langjährigen Counterpart an der Oberhausener SPD-Fraktionsspitze, Wolfgang Große Brömer, entstanden. Wir haben uns erst jahrelang nichts geschenkt und dann sehr gut zusammengearbeitet, so dass ich es geradezu als Verlust empfinde, dass er sein Amt abgegeben hat.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Mit meiner Familie beim Sport, ausgiebigem Frühstück und Kaffee, Kirchengang, Musizieren, Spielen, Lesen und Kino oder Heimkino.

Was lesen Sie gerade?

Robert Harris: „Der zweite Schlaf“.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Mein letztes Konzert war vor einigen Wochen Bryan Adams in der Oberhausener Arena. Noch lieber würde ich Adele live sehen. Zuhause höre ich aber ganz überwiegend Klassik.

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Ich hätte es nicht gedacht, aber die Bedeutung des linearen Fernsehens hat auch für mich abgenommen. Begeistern kann ich mich für gute Serien von „House of Cards“ bis „Bad Banks“. Und die kann man auch noch dann streamen, wenn man nicht alles andere liegen lassen muss.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Ich pendle zwischen zwei einigermaßen gegensätzlichen. Fröhlich sein, Gutes tun und die Spatzen pfeifen lassen (Don Bosco)! Und Pantia rhei: Das Wesen alles Seienden ist die Veränderung (Heraklit).

Seit vier Jahren sind Sie in Oberhausen Oberbürgermeister. Welche Vorhaben und Projekte haben Sie umgesetzt?

Erfreulicherweise ist es uns gelungen, für Aufbruch und Dynamik in Oberhausen zu sorgen. Das gilt für die Wirtschaft, wo durch Ansiedlungen wie dem großen Edeka-Zentrallager neue gewerbliche Arbeitsplätze entstehen. Das gilt aber auch für die Neue Mitte, wo zusätzliche Hotels und Attraktionen den Städtetourismus weiter ankurbeln. Und das gilt für die Stadtteilzentren, wo öffentliche und private Investitionen Hand in Hand gehen, vom größten Dachgewächshaus Europas bis zum Umbau des alten Kaufhofs in ein Hotel. Die Breitbandabdeckung liegt nun bei 98 Prozent des Stadtgebietes, der städtische Haushalt ist nach 25 Jahren endlich wieder ausgeglichen. Und mit eigenen Leitlinien, einem Bürgerrat und einer umfangreichen Dialogtour hat die Bürgerbeteiligung einen sehr großen Stellenwert.

Was sind Ihre ganz persönlichen Ziele, die Sie als Politiker noch erreichen wollen?

Im Moment bin ich sehr gut damit beschäftigt, die Agenda für eine gute Zukunft Oberhausens weiter abzuarbeiten.

CDU und Mittelstandsvereinigung hören zu!

Metallverarbeitende Industrie, Logistik, Virtual Reality, Chemieindustrie oder robuste Fahrzeuge für Untertage-Einsätze: Das ist nur ein kleiner Auszug aus den Branchen, Produkten und Dienstleistungen der fast 700.000 Unternehmen, die in Nordrhein-Westfalen beheimatet sind. CDU Generalsekretär Josef Hovenjürgen und MIT-Landesvorsitzender Hendrik Wüst besuchten während der gemeinsamen Sommertour sowohl mittelständische, familiengeführte, als auch große Unternehmen in Nordrhein-Westfalen. Im Vordergrund standen vor allem das Zuhören und Aufnehmen von Informationen. Wie steht es um die Zukunft? Welche Herausforderungen sind zu meistern?



Erste Station der Wirtschaftstour war das Presswerk Struthütten in Neunkirchen. Das 1939 gegründete Familienunternehmen ist in der metallverarbeitenden Industrie tätig und mit seinen innovativen Produkten ein wichtiger Zulieferer für die Automobilindustrie.



Anschließend stand der Besuch des Logistikunternehmens Brocker in Korschenbroich auf dem Programm. Nach einem Rundgang standen in dem über einstündigen persönlichen Austausch vor allem die Themen Infrastruktur, Fachkräftemangel und Digitalisierung im Mittelpunkt.

Beindruckend war auch der Besuch beim Softwareentwickler A4VR The Agency for Virtual Reality GmbH in Düsseldorf. Bei-

de, unser Generalsekretär und der MIT-Landesvorsitzende, sind in den Genuss gekommen, einmal zum Mond und zurückgeflogen zu sein – freilich nur virtuell. Das Startup-Unternehmen hat sich ganz auf schlüsselfertige VR-Lösungen für Unternehmen spezialisiert.



Den Schluss der Sommertour bildeten zwei Unternehmensbesichtigungen im Ruhrgebiet, des Chemieparks Marl und GHH Fahrzeuge GmbH.

Im für die Region wichtigen Chemiapark Marl konnten sich Josef Hovenjürgen und Hendrik Wüst von einer zentralen Maßnahme im Bereich des Klimaschutzes ein Bild machen. Mit einem neuen Gaskraftwerk will Evonik den Ausstoß an klimaschädlichem CO₂ um bis zu eine Million Tonnen im Jahr senken.



Nur wenige Kilometer entfernt ist das Unternehmen GHH Fahrzeuge GmbH in Gelsenkirchen zu Hause. Der Fahrzeugspezialist konstruiert für den Untertage-Einsatz in Minen oder Bergwerken hochtechnologische Fahrlader und Muldenkipper, die weltweit zum Einsatz kommen.

Die CDU ist die Partei, die dafür sorgt, dass Nordrhein-Westfalen wettbewerbsfähig bleibt und sich Unternehmen ansiedeln. Wir kämpfen aber auch für Arbeitsplätze im Industrieland Nordrhein-Westfalen. Josef Hovenjürgen und auch Hendrik Wüst betonten gemeinsam: „Es ist wichtig, dass wir die vielfältige Wirtschaftsstruktur mit ihren Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen erhalten und sie für die Zukunft fit machen. Das ist die Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs Nordrhein-Westfalens.“ ■



Veranstaltung „Zusammenarbeit im Betrieb stärken“ in Neuss

Initiative Wirtschaft und Arbeit 4.0: Digitalisierung ist Teamarbeit

Dass bei der Digitalisierung Arbeitnehmer nicht zwangsläufig abgehängt werden, davon konnte sich Arbeitsminister Karl-Josef Laumann Ende September in Neuss überzeugen. Die Initiative der Landesregierung Wirtschaft & Arbeit 4.0 hatte zur Veranstaltung „Zusammenarbeit im Betrieb stärken“ eingeladen. Unternehmensvertreter und Gewerkschaften präsentierten, wie Führung und Beschäftigte den Weg zum Unternehmen 4.0 gemeinsamen gehen können.

Als erstes bewies die Kölner Verkehrs-Betriebe AG, wie die Einbindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Digitalisierung des Unternehmens gelingen kann. Dort werden neue Formate in der betrieblichen Weiterbildung erprobt. Dabei kommen beispielsweise AR-/VR-Brillen in der Fahrzeugtechnik, Lehrvideos in der Automatenwerkstatt oder eine betriebliche Lernplattform zum Einsatz.

Vertreter der Gustav Hensel GmbH & Co. KG berichteten anschließend, wie sie mit Einführung eines neuen Produkts die Produktion von überwiegend manueller auf automatisierte Fertigung umgestellt haben. Für den großen Anteil ungelern-

ter Beschäftigter ergaben sich hierdurch große Qualifikationsanforderungen, die gemeinsam bewältigt wurden.

Mitarbeitern den Einstieg in die neue Arbeitswelt erleichtern und Ängste abbauen: Daran arbeitet die ERGO Group AG mit einem eigens entwickelten Programm. Das Angebot bietet zudem die Möglichkeit, sich im individuellen Tempo weiterzubilden.

So unterschiedlich die Unternehmen und ihre Qualifizierungsprojekte auch sind, so haben sie doch eines gemeinsam: Die Beschäftigten wurden von vornherein in die Vorhaben einbezogen. Gerade das macht sie so erfolgreich und nachhaltig. Arbeitsminister Karl-Josef Laumann betonte daher in der anschließenden Podiumsdiskussion, wie wichtig es sei, dass die Menschen verstehen, was um sie herum geschieht: „Hierfür sind Digitalisierungswissen und Mitsprachemöglichkeiten die Voraussetzung. Daher rate ich den Betrieben: Fangen Sie an, sprechen Sie mit Ihren Beschäftigten und planen Sie die Digitalisierung gemeinsam. So können Sie auch gemeinsam entscheiden, welche Kompetenzen erforderlich und sinnvoll sind.“



Wie sich die Partei und ihr neuer Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen ein gemäßigtes Image verpassen wollen

Von Katja Heins

„Absage an den völkischen Flügel“ titelten Tageszeitungen nach dem AfD-Parteitag in Nordrhein-Westfalen. Und weiter: „Gemäßigtes Lager setzt sich durch.“ „Größter Landesverband distanziert sich vom radikalen Auftreten der Ost-AfD.“ Was hinter den Schlagzeilen steckt? Bei ihrem Parteitag Anfang Oktober im niederrheinischen Kalkar hatte die NRW-AfD einen neuen Vorsitzenden gewählt. Der 68-jährige Bundestagsabgeordnete und ehemalige Bundeswehroberst Rüdiger Lucassen setzte sich mit 59,6 Prozent der Stimmen knapp gegen seinen Kontrahenten durch.

Vorausgegangen war ein abgebrochener Chaos-Parteitag der NRW-AfD mit verbaler Schlammschlacht im Juli. Damals traten neun von zwölf Vorstandsmitgliedern zurück – allesamt Gegner des sogenannten ultrarechten „Flügels“ der Partei.

Auch Landeschef Helmut Seifen hatte sein Amt niedergelegt. Der Co-Vorsitzende Thomas Röckemann, mit engem Kontakt zum „Flügel“ um den Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke, und zwei weitere Vorstandsmitglieder indes verweigerten einen freiwilligen Rückzug. Seitdem führte der dreiköpfige Rumpfvorstand den mit etwa 5.300 Mitgliedern größten AfD-Landesverband in Deutschland.

Für den Hintergrund: Der „Flügel“ ist eine als völkisch und nationalistisch eingestufte Gruppierung der Partei und gilt als Sammelbecken radikaler Kräfte. Im Januar 2019 wurde er vom Verfassungsschutz als Verdachtsfall für rechtsextremistische

Bestrebungen eingestuft. Die Führung knüpft bewusst an den rechtsextremistischen und nationalsozialistischen Sprachgebrauch an.

Höcke, schockierenderweise Geschichtslehrer von Beruf, hatte in der Vergangenheit immer wieder Kritik am Holocaust-Gedenken der Deutschen und deren Umgang mit diesem Thema insbesondere in den Schulen geübt und eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ gefordert. In den Schulen werde die deutsche Geschichte „mies und lächerlich“ gemacht. Das Holocaust-Mahnmal in Berlin nannte er ein „Denkmal der Schande“. Darüber hinaus verglich er die Bundesregierung mit dem Regime der DDR.

Auch der „Ziehsohn“ von Alexander Gauland, der Brandenburgische Spitzenkandidat Andreas Kalbitz, wird dem „Flügel“ zugerechnet. Er war zuletzt vor allem durch seine Kontakte zur rechtsextremistischen Heimattreuen Deutschen Jugend und seine Teilnahme bei Neo-Nazi-Veranstaltungen in den öffentlichen Fokus geraten.

Der Parteitag der NRW-AfD im „Wunderland“ von Kalkar, einem Erlebnispark auf dem Gelände des nie in Betrieb genommenen Kernkraftwerks „Schneller Brüter“, war im Vorfeld zum Showdown zwischen den Strömungen erklärt worden.

„Flügel“-Anhänger Thomas Röckemann unterlag schließlich bei der Vorstandswahl, bekam aber 39,9 Prozent der Stimmen. Diese Zahl macht deutlich, welches gefährliche Potenzial die

rechts-nationale Gruppierung in der nordrhein-westfälischen AfD trotz der Niederlage Röckemanns haben dürfte.

Da jedoch die Doppelspitze abgeschafft wurde, führt also Lucassen den Landesverband allein. Der Mann, der in der Pose eines Offiziers – Rücken gerade, Brust heraus – vor die Delegierten trat, versuchte sich sprachlich als gemäßigt darzustellen.

Doch was will Lucassen wirklich? Wie ist er einzuordnen? Und halten die eingangs erwähnten Schlagzeilen einem Realitätscheck stand? Ist Lucassen so gemäßigt, wie er tut?

„Er kokettierte mit seiner Soldatenvergangenheit, weil die in AfD-Kreisen gut ankommt“, schrieb die WAZ. „Im militärischen Jargon“ habe er die Partei auf den Kommunalwahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingestimmt und für „preußische Tugenden geworben“. – Ein durchschaubarer Versuch, die Normenlehre der Bundeswehr für parteipolitische Zwecke am rechten Rand zu missbrauchen.

Eine klare Absage an den ultrarechten „Flügel“ erteilte er jedoch nicht. Vielmehr signalisierte er allen Parteiströmungen Gesprächsbereitschaft. Eine Auseinandersetzung mit dem „Flügel“ sei „nötig und sinnvoll“. Er sei aber keinem Lager zuzuordnen, betonte Lucassen. Zugleich verwahrte er sich dagegen, den Kurs der AfD in Ostdeutschland auf den Westen zu übertragen. Solche Denkweisen zeugten von „grenzenloser Naivität“, sagte er laut WAZ.

Ein Widerspruch oder gar ein Konfrontationskurs zu Leuten wie Björn Höcke und Andreas Kalbitz, die „ihre“ rechtsextreme AfD gen Westen exportieren möchten – danach klangen Lucassens Aussagen zunächst. Doch Vorsicht! Wer glaubt, die NRW-AfD habe sich plötzlich in eine harmlose Partei verwandelt, der liegt schief, kommentierte die WAZ. „Moderat soll nämlich nur das Auftreten der AfD sein, damit Wähler im Westen nicht abgeschreckt werden. Der schneidige Oberst, der jetzt die Landespartei führt, ist nach außen besser vermittelbar als die plumpe Aggressivität anderer Protagonisten.“

Hinter der freundlicheren Verpackung steht mutmaßlich also derselbe verstörende Inhalt. Lucassen selbst offenbarte beim Parteitag in Kalkar dann auch: Er werde Björn Höcke im Landtagswahlkampf in Thüringen unterstützen! – Spätestens nach diesem Satz dürfte klar sein, wohin Lucassen mit der NRW-AfD steuern will. Doch er geht die Sache geschickter an, zumal DER AfD-Wähler im Westen Wahlforschern zufolge auch ein ganz anderer Typus ist, als der im Osten.

Zu der Vermutung „oberflächlich gemäßigt, hart im Kern“ passt auch die Aussage von Lucassens neuem zweitem Stellvertreter Martin Schiller. Dieser zitierte Medienberichten zufolge in Kalkar die Mahnung des als tiefbraun geltenden AfD-Vordenkers Götz Kubitschek, die Partei könne im „Osten ins Horn stoßen“, müsse aber den „Westen mit feinen Flöten einstimmen“. Ein

Bild, das mehr für den Rattenfänger von Hameln steht, als für eine Partei, die dem Wähler auf Augenhöhe begegnet.

Lucassens erster Stellvertreter Matthias Helferich war übrigens im Bundestagswahlkampf, so berichteten Medien, mit einer Kornblume am Revers aufgetreten – dem Symbol der Nazis während ihres Verbots in Österreich. Aber das nur als Einschub am Rande.

Was Lucassen sich selbst für ein Image verpasst? Er stehe für einen national-konservativen Kurs – „wählbar für das bürgerliche Lager“.

„Bürgerlich“, da ist es wieder! Das zurzeit inflationär gebrauchte Adjektiv, das sich die AfD selbst gern geben möchte.

Wenn vom Bürgertum oder von Bürgerlichkeit die Rede ist, kommen jede Menge Assoziationen auf: Man denkt an Ordnung, Benimmregeln und gutbürgerliche Küche. Und diese Harmlosigkeit ist es, die die AfD ausstrahlen möchte. „Alexander Gauland nennt seine Leute ‚die Vertreter des Bürgertums in diesem Land‘, auch wenn Andreas Kalbitz sein halbes Leben in rechtsextremen Kreisen verbracht hat“, schreibt Spiegel online.

Die AfD ist nicht bürgerlich, ihre Sprache schon gar nicht. Sie ist spalterisch, hasserfüllt, aufwiegelnd: Ihre Rhetorik, zum Beispiel die Verschwörungstheorie einer angeblich geplanten „Umvolkung“, dient nur dem Zweck, die Bürger emotional aufzuwühlen. Denselben Zweck verfolgt die Vermengung einzelner Verbrechen oder Unglücke beispielsweise zu einer „Welle von Messerangriffen“. Doch „Affekte schüren ist niemals bürgerlich“, formuliert Spiegel online treffend. Differenzierung und Sachlichkeit – das sei im Sinne der Bürger.

Mit Blick auf den Anschlag des mutmaßlichen Rechtsextremisten in Halle, bei dem zwei Menschen ums Leben kamen, erklärten führende Unions-Politiker wie Armin Laschet zurecht: „Antisemitismus und Rechtsradikalismus beginnen nicht erst mit der mörderischen Tat, sondern schon bei menschenverachtendem Denken und einer verhetzten Sprache.“ Die CDU-Partei-vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer nannte die AfD den „politischen Arm des Rechtsradikalismus“. Bundesinnenminister Horst Seehofer sprach von „geistiger Brandstiftung“.

Ob die AfD in Nordrhein-Westfalen nun offen weiter nach rechts steuert oder die Bürger mit „feinen Flöten“ einfangen möchte – was gegen solche Anbieterungsversuche hilft: Zuhören! Als Politiker überall präsent sein. In die kleinsten Veranstaltungen gehen, Wut versuchen aufzufangen und Antworten zu geben, ganz im Sinne der NRW-CDU mit Maß und Mitte, Sachlichkeit, Zahlen und Fakten. Um die vorgeblich „gemäßigte, bürgerliche“ AfD zu enttarnen und die Bürger vor geistiger Brandstiftung zu schützen. ■

Demokratie heißt Kompromiss

Klima – kein Thema hat uns in den vergangenen Wochen und Monaten mehr bewegt. Wir haben Demonstrationen erlebt, heftige Debatten in den Parlamenten, auch und vor allem in den Sozialen Medien.

Ja, dieses Thema ist wichtig und treibt die Menschen im ganzen Land zu recht um. Aber befreit das von den üblichen demokratischen Spielregeln? Offene Rede und Gegenrede gehören zum Kern der Demokratie. Und dazu gehört vor allem auch, zuzuhören und auf Argumente einzugehen. Auch wenn man nicht mit der Meinung der anderen einverstanden ist, so hat diese Meinung doch ihre Berechtigung.

Was ich aber zunehmend feststelle, ist eine Kompromisslosigkeit, die nur noch eine Auffassung gelten lässt, – die eigene. Alles andere ist falsch. Ein Denken in Schwarz-Weiß greift um sich. Denjenigen, die eine andere Meinung vertreten, schlägt mitunter blanker Hass entgegen. Gerade im Internet sind oftmals die normalen Regeln der zwischenmenschlichen Kommunikation außer Kraft gesetzt. Für eine Demokratie ist das fatal. Denn der Wesenskern der Demokratie zeichnet sich doch gerade aus durch eine Fülle von Grautönen, von Kompromissen, wohlwissend, dass es eine vollständige Übereinstimmung in Sachfragen in nur ganz wenigen Fällen gibt.

Ohne die Bereitschaft zum Kompromiss, ohne die Bereitschaft, die Auffassung der demokratischen Mehrheit zu akzeptieren – man muss sie ja nicht gut finden –, funktioniert unser Gemeinwesen nicht.

Wenn daher Einige meinen, sie könnten sich auf eine Art übergesetzlichen Notstand berufen, weil sie sich im Besitz der absoluten Wahrheit wähnen, Mehrheitsmeinungen außen vor lassen und Gesetze missachten, so ist eine rote Linie überschritten. Das können wir nicht zulassen.

Wenn unsere Gesellschaft in Lager verfällt, der erforderliche Zusammenhalt des Gemeinwesens immer mehr erodiert, verpassen wir die Chance, unsere Zukunft gemeinsam zu gestalten. Und daran sollte uns allen gelegen sein.

Wir scheinen die einzige Partei zu sein, die diesen Anspruch hat, als Klammer zu fungieren. Wir werden unsere Kraft einsetzen, um unsere Gesellschaft zusammen zu halten und nicht zu spalten. Lassen Sie uns daher gemeinsam an diesem Zusammenhalt der Gesellschaft arbeiten.

Dies wird unsere ganze Kraft und unseren vollen Einsatz erfordern. Aber der Zusammenhalt der Gesellschaft muss es uns wert sein.

Ihnen und Ihren Familien eine schöne Adventszeit, ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Ihr
Josef Hovenjürgen



Hovenjürgens
ANSAGE!



WIR KÖNNEN, WAS WIR TUN.

PERSONALSUCHE.

PERSONALAUSWAHL.

PERSONALENTWICKLUNG.

zfm steht für Verantwortung, Präzision und Kontinuität.
Seit über 25 Jahren Ihr Experte für den öffentlichen Sektor!



Zentrum für Management- und Personalberatung
Edmund Mastiaux & Partner | Bonn

Weitere Informationen zum zfm finden Sie unter

www.zfm-bonn.de



Inklusion entfaltet!

Jetzt schon
vormerken!

5. LWL-Messe der Inklusionsunternehmen

Messe Dortmund
18. März 2020

Vielfalt, Werte, Chancen entfalten.

Für Menschen mit Behinderung, für Unternehmen mit Mut,
für Entscheiderinnen und Entscheider mit Weitblick.

Inklusion entfaltet Werte für uns alle.

Erleben Sie es – auf der LWL-Messe der Inklusionsunternehmen.
Zum fünften Mal in diesem Format, zum ersten Mal in Dortmund,
mit noch mehr Platz zur Entfaltung. Seien Sie ein Teil davon und
engagieren Sie sich für eine offene und inklusive Gesellschaft!

Alle Infos zur Messe, zu Ausstellern und zum Programm unter:
www.lwl-messe.de